


# dpn

DEUTSCHE PENSIONS  
& INVESTMENTNACHRICHTEN

VIERTE SONDERAUSGABE  
BETRIEBLICHE  
ALTERSVERSORGUNG  
№ 7 / 2017 / 8,- €

HERAUSGEGEBEN IN  
KOOPERATION MIT  
**LEITER**bAV



# Endlich CDC!

CDCDC  
DCDCDCDC  
CDCDCDCDC  
CDCDCDCDCDC  
DCDCDCDCDCDC  
CDCDCDCDCDC  
DCDCDCDCDCDC  
CDCDCDCDCDC  
CDCDCDCDCDC  
DCDCDCDCDC  
CDCDCDCDC  
CDCDCDCDC



---

# 750 JAHRE bAV

## Schwere Zeiten



↑  
Gustav Stresemann  
(1878–1929)

## Mit dem Eintritt in das 20. Jahrhundert brach auch für die deutschen Einrichtungen der bAV ein neues Zeitalter an: das der Professionalisierung. Aber auch Kriege, Krisen und Erholung wechselten sich ab. Dann kam die Diktatur. In einer mehrteiligen Serie blickt Nikolaus Bora zurück. Teil II: Von der Jahrhundertwende bis zum Dritten Reich.

Nikolaus Bora — dpn  
Berlin

Die Vorstände der recht unterschiedlich gestalteten rund 90 deutschen privaten Pensionskassen waren Ende 1911 erleichtert. Sie brauchten nicht mehr zu fürchten, ihre Mitglieder an die gesetzliche Versicherung zu verlieren und damit überflüssig zu werden. Der Deutsche Reichstag hatte nach mehrtägiger heftiger Debatte, in der oft über Nebensächlichkeiten gestritten worden war, am 5. Dezember 1911 das Versicherungsgesetz für Angestellte (vgfA) beschlossen. Alle Angestellten mit einem Jahresverdienst unter 5.000 Mark wurden dadurch versicherungspflichtig. Der Kaiser hatte das Gesetz am 20. Dezember unterschrieben, und acht Tage darauf war es im Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden.

### STAATLICHE KONKURRENZ ...

— Damit würde das Gesetz am 1. Januar 1913 in Kraft treten, und bis dahin würde die neue Reichsversicherungsanstalt für Angestellte (rfa) gegründet sein. Durch diese, das zeichnete sich bereits ab, würden die Pensionskassen Konkurrenz bekommen, denn der rfa wurde eingeräumt, nicht versicherungspflichtige Arbeitnehmer als freiwillige Mitglieder aufzunehmen und allen Versicherten eine Höherversicherung anzubieten.

### ... OHNE GROSZE BEDEUTUNG

— Als besondere Form der betrieblichen Altersversorgung hat die Höherversicherung keine große Bedeutung erlangt. In den folgenden Jahrzehnten wurde sie fast ausschließlich privat genutzt, durch das Rentenreformgesetz 1992 begrenzt und mit dem Rentenreformgesetz 1999 übergangslos abgeschafft.

Den Pensionskassen bot ein Passus des Versicherungsgesetzes, der nach der ersten Lesung gestrichen und, wenn auch leicht verändert, kurz vor der Verabschiedung wieder eingefügt worden war, die Chance, ihren Mitgliederkreis sogar zu vergrößern: Sie konnten vom Bundesrat, der Vertretung der Gliedstaaten des Deutschen Reichs, als Ersatzkasse der rfa anerkannt werden. Für diese Zulassung mussten sie Bedingungen erfüllen: Sie mussten die gesetzlich vorgesehenen Leistungen der rfa mindestens im vollen Umfang und in derselben Höhe garantieren, in ihrem Leistungskatalog also auch Altersrenten ab vollendetem 65. Lebensjahr und Witwen- und Waisenrenten ausweisen. Der Arbeitgeberbeitrag musste mindestens so hoch sein wie der zur gesetzlichen Versicherung,

## ZWISCHEN PROLETARIAT UND KAPITAL – Die Angestellten

— Als das Brockhaus Konversations-Lexikon in seiner »Revidierten Jubiläumsausgabe von 1898« das Stichwort »Angestellter« aufnahm und Meyers Großes Konversations-Lexikon 1902 folgte, trugen beide Lexika nur dem veränderten Sprachgebrauch Rechnung. Nach der Reichsgründung 1871 hatte sich Deutschland vom Agrar- zum Industriestaat entwickelt. Die Zahl der Industrie-, Fabrik-, Werks- und Privatbeamten war von rund 300.000 im Jahr 1882 auf etwa 1,3 Millionen 1907 gestiegen. Zwischen dem lohnabhängigen Proletariat und dem Kapital, den Unternehmern, hatte sich eine sehr heterogene Mittelschicht entwickelt, die »höherwertige Arbeiten« verrichtete und dafür ein festes Gehalt erhielt. Die Angehörigen dieser Gruppe wurden immer häufiger Angestellte genannt. Für diesen Begriff gab es keine allgemeine Definition, auch nicht im fast 400 Paragraphen umfassenden Versicherungsgesetz für Angestellte (vgfA) von 1911, wohl aber wurden dort die Branchen aufgezählt, in denen sie tätig waren. Die Bandbreite reichte schon damals von der Industrie über den Handel und die Kreditwirtschaft bis hin zu Versicherungen.

Im Deutschen Reichstag war erstmals 1902 von Angestellten die Rede, als der von den Nationalliberalen zu den Konservativen gewechselte Abgeordnete Diederich Hahn forderte: »Ich nehme die Gelegenheit wahr, den verbündeten Regierungen zu empfehlen, so bald als möglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen zunächst der Teil dieser Angestellten, der für Aktiengesellschaften arbeitet, vermitteltst gesetzlicher Bestimmungen in den Genuss wirklich gesicherter Pensionsbezüge kommt.« Doch Hahn ging es weniger um das Wohl der Angestellten. Er war der Chefideologe des Bundes der Landwirte und fanatischer Antisemit. Treffen wollte er, wie aus seinen weiteren Ausführungen hervorgeht, die jüdischen Bankiers, die von ihnen eingerichteten Pensionskassen und das von ihm permanent bekämpfte Großkapital, das er in jüdischer Hand wähte.

Eine Branche hat übrigens an dem »Beamten« in ihrer Berufsbezeichnung fast bis zum Ende des 20. Jahrhunderts festgehalten: die Banken. Erst Mitte 1995 wurde aus dem Beamtenversicherungsverein des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes der bvV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G..

und die Versicherten mussten bei der Verwaltung der Kasse und bei Entscheidungen über ihre Leistungen mitwirken können.

Im Frühjahr 1913 erhielten die ersten Pensionskassen die Zulassung als Ersatzkassen, darunter das Versorgungswerk der Bankbeamten, der heutige bvV. Der Arnhold'sche Pensionsverein musste länger auf die Anerkennung warten, weil die Aufsichtsbehörden seine Gewährleistungen zunächst als »zu großzügig« einstufte. Die Ersatzkassen mussten ihre Verwaltung der der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte angleichen und laufend mit dieser abrechnen. Rechtlich und organisatorisch waren sie Doppelgebilde. Wurde ein Vertrag mit



### JAKOB RIESSER – *Der einflussreiche Strippenzieher*

— Der Jurist, Banker und Politiker Jakob Riesser (1853–1932) gehörte zwischen 1890 und 1928 zu den einflussreichsten Persönlichkeiten Deutschlands. Er stammte aus einer jüdischen Familie in Frankfurt am Main, konvertierte zum Protestantismus, studierte Rechtswissenschaften in Heidelberg, Leipzig und Göttingen, wo er – noch vor dem ersten Staatsexamen – 1875 zum Dr. jur. promoviert wurde. Er arbeitete als Rechtsanwalt in seiner Heimatstadt und wurde 1888 juristischer Direktor und Vorstandsmit-

glied der Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank, später Darmstädter und Nationalbank, kurz Danat Bank) in Berlin. Als Riesser 1905 ihr Aufsichtsratsvorsitzender und als Professor für Handelsrecht und Finanzwissenschaft an die Berliner Universität berufen wurde, war er in Wirtschaft und Politik über Berlins Grenzen hinaus bereits bestens vernetzt. In Fachkreisen war er durch mehrere grundlegende juristische Werke bekannt geworden.

Förderlich für Riessers Karriere war sicher, dass er 1893 der Gesellschaft der Freunde beigetreten war. Dieser als jüdischer Hilfsverein 1792 gegründeten Organisation gehörten seit 1878 auch Mitglieder ohne jüdische Vorfahren an. Sie wurde zu einem Treffpunkt für die Eigentümer und Führungskräfte der in Berlin ansässigen Privat- und Aktienbanken, der Verlagshäuser, Chemie-, Elektro- und anderer großer Unternehmen, mehrerer bedeutender Politiker und auch Künstler wie Max Liebermann. Zu den Freunden zählten drei Angehörige der Familie Arnhold, Carl Friedrich von Siemens, Walther Rathenau und der spätere Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, um nur einige Namen zu nennen.

Für Riesser waren das ideale Voraussetzungen, die Gründung des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes 1900 voranzutreiben, dessen Vorsitzender er wurde. Er engagierte sich für die Gründung des heutigen BVV 1901 und übernahm ihren Aufsichtsratsvorsitz. Daneben hatte er noch weitere Aufsichtsratsmandate. Er sorgte sich, die wirtschaftlichen Interessen des Bürgertums könnten durch die aggressive Politik des konservativen Bundes der Landwirte zurückgedrängt werden. Als Gegengewicht gründete er darum den Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie und blieb Vorsitzender des Bundes bis 1920. Riesser war Vizepräsident der Berliner Handelskammer und Vorsitzender des Ehrengerichts der Berliner Börse, gehörte dem Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein an, war Vizepräsident des Verbandes Berliner Kaufleute und Industrieller und im Vorstand der Berliner Juristischen Gesellschaft und des Deutschen Juristentages. Wie Gustav Stresemann, zu dem er enge Kontakte pflegte, war Riesser Mitglied der Nationalliberalen Partei (NLP), seit 1903 gehörte er zu ihrem Zentralvorstand und die zwei letzten Jahre des Kaiserreiches dem Reichstag an. Er war Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und anschließend bis 1928 Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei (DVP), an deren Gründung 1918 er und Stresemann maßgeblich beteiligt waren. Von 1921 bis zu seinem Ausscheiden war Jakob Riesser Vizepräsident des Reichstages.

der Pensionskasse als Ersatzkasse geschlossen, war es eine öffentlich-rechtliche Versicherung; privatrechtlich war sie, wenn sie nach Satzung und Versicherungsbedingungen der Pensionskasse vereinbart wurde.

### GOLDMARK, KRIEG, PAPIERMARK, INFLATION

— In Deutschland ging es bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs im Sommer 1914 wirtschaftlich bergauf. Davon profitierten alle gesetzlichen und privaten Einrichtungen der Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung. Der erste Einschnitt war die Aufgabe der partiellen Golddeckung der Mark am 4. August 1914. Aus der Goldmark wurde die Papiermark. Damit begann die Geldentwertung. Sie wurde durch die hohen Kriegskosten verstärkt, die durch nach Kriegsende 1918 wertlos werdende Kriegsanleihen und nicht durch höhere Steuern finanziert wurden. Die Reichsbank ließ immer mehr Papiergeld drucken, auch um die Deutschland auferlegten Reparationslasten in Gold und Devisen bezahlen zu können. Die 1919 beginnende Hyperinflation endete abrupt mit der Einführung der Rentenmark im September 1923. Reichskanzler Gustav Stresemann und Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht hatten diese förmlich »durchgepeitscht«.

### KRISE, ERHOLUNG ... UND EINE GEBURTSTUNDE

— Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte war durch den Krieg an den Rand des Ruins getrieben worden. Um ihr »frisches Geld« zuzuführen, wurde die Versicherungspflichtgrenze im November 1918 auf ein Jahreseinkommen von 8.000 Mark und später noch weiter erhöht. Auch die privaten Pensionskassen und Einrichtungen der betrieblichen Wohlfahrtspflege erlitten durch Krieg und Inflation erhebliche Verluste. Es lässt sich nicht feststellen, wie viele Unternehmen und Träger der bAV zusammengebrochen sind. Einige Ersatzkassen, darunter der BVV und der Arnhold'sche Pensionsverein, ferner die meisten großen Firmenpensionskassen, erholten sich recht schnell. Hatten sie, wie die Brüder Arnhold, die Beiträge der Versicherten in Grund und Boden angelegt, konnten sie von der Inflation sogar profitieren.

Generell beschäftigten Fragen der Vermögensverluste und der sicheren Geldanlage alle Einrichtungen der bAV. Die Ersatzkassen hatten

### GUSTAV STRESEMANN – *Retter der Pensionskassen*

— Der spätere Reichskanzler, Reichsaußenminister und Friedensnobelpreisträger Gustav Stresemann (1878–1929) war Sohn eines Berliner Bierhändlers. Nach dem Abitur studierte er in Berlin und Leipzig, wo er 1901 in Nationalökonomie promoviert wurde. Danach arbeitete er kurze Zeit beim Verband deutscher Schokoladenfabrikanten in Dresden, wechselte zum Bund der Industriellen (BDI) und wurde 1902 Geschäftsführer des Bezirksvereins Dresden/Bautzen des BDI. Im selben Jahr wurde auf seine Anregung von 180 Unternehmen der Verband sächsischer Industrieller gegründet, dessen Syndikus er wurde und bis 1919 hauptberuflich blieb. Seine Arbeit war erfolgreich. Nach nur zehn Jahren war der Industrieverband auf 5.000 Mitgliedsbetriebe mit zusammen mehr als einer halben Million Beschäftigten gewachsen. Stresemann war damit der Sprecher eines der bedeutendsten regional organisierten Wirtschaftsverbände in Deutschland.

Stresemann hatte gute Kontakte zur Familie Arnhold. Die Verbandsmitarbeiter waren durch den Gebr. Arnhold'schen Pensionsverein abgesichert. Vergleichbare Einrichtungen wünschte Stresemann sich nicht nur in Sachsen, sondern reichsweit. In einem Vortrag sagte er 1906: »Eine Dresdener Bankfirma hat eine solche Pensionskasse für diejenigen Unternehmen gegründet, in deren Aufsichtsrat sie vertreten ist.« An anderer Stelle lobte er diese Lösung: »Eine derartige große Versicherung, geschaffen durch die Initiative der Industrie und aufgebaut auf ihrer freien Organisation, wäre etwas Schönes, was uns an sich unbedingt sympathischer erscheint als eine staatliche Reglementiererei.« Dieses Vorhaben scheiterte.

Als Stresemann dann 1907 als jüngster Abgeordneter ein Reichstagsmandat der Nationalliberalen Partei (NLP) erhielt, setzte er sich mit Erfolg dafür ein, die gesetzliche Angestelltenversicherung zu schaffen. Daneben sollten private Pensionskassen als Ersatzkassen bestehen bleiben. Dieser Passus war aus dem Gesetzentwurf gestrichen worden, auf Drängen Stresemanns und des Zentrumsabgeordneten Hubert Sittart, der Berichterstatter für das Gesetz war, wurde er wieder eingefügt. Darum konnten nach 1913 private Pensionskassen vom Bundesrat, der Vertretung der Gliedstaaten des Reichs, als Ersatzkassen zugelassen werden, darunter der BVV und der Arnhold'sche Pensionsverein.

In der Weimarer Republik gelang es Stresemann als Außenminister, durch Annäherung an Frankreich die außenpolitische Isolation Deutschlands aufzubrechen. Dafür erhielt er zusammen mit dem französischen Außenminister Aristide Briand den Friedensnobelpreis 1926. Als Reichskanzler war es ihm zusammen mit Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht drei Jahre zuvor gelungen, die Hyperinflation durch Einführung der Rentenmark zu stoppen.

noch zusätzlich Ärger, oft auch rechtliche Auseinandersetzungen mit der rfa. Schieden Versicherte wegen Arbeitsplatzwechsel aus der Ersatzkasse aus, wurden sie automatisch Mitglied der gesetzlichen Versicherung. Bei der Übertragung der Deckungsmittel bestand die rfa darauf, nur hochverzinsliche Papiere zu erhalten. Zwölf Ersatzkassen und 19 Knappschaftskassen bildeten darum 1922 den Verband deutscher Privat-Pensionskassen (vdP), der ins Berliner Vereinsregister eingetragen wurde.

## »Das im Juli 1925 als Schlusspunkt der Währungsreform beschlossene Aufwertungsgesetz zeigte, dass die Regierung Zweifel an der Leistungsfähigkeit der Ersatzkassen hegte.«

Seine Aufgabe: »die Interessen der Ersatz-, Zuschuss- und Zulagekassen bei den maßgebenden Stellen zu vertreten«. Johannes Liebmann, Vorstand des Arnhold'schen Pensionsvereins, wurde zum Vorsitzenden gewählt. Die von ihm geleitete Kasse erledigte die Geschäfte des Verbandes. Schon nach kurzer Zeit hatte der Verband 52 Mitglieder, darunter viele juristisch nicht selbstständige Einrichtungen der betrieblichen Wohlfahrts- pflege oder Sozialarbeit. Als Albrecht Weiß 1936 Vorsitzender wurde, wechselte die Geschäftsstelle zur Ludwigshafener Pensionskasse der i.G. Farben.

### STAATLICHE BESCHNEIDUNG

— Mit dem Angestelltenversicherungsgesetz (AVG) vom Mai 1924 wurde das Versicherungsgesetz für Angestellte von 1911 neu gefasst. Die »Doppelversicherung« der Angestellten, die Mitglieder der Invalidenversicherung waren und eine Höherversicherung in der rFA abgeschlossen hatten, wurde abgeschafft. Sie waren nun nur noch in der Angestelltenversicherung. Auf die Ersatzkassen wirkte sich die Änderung nicht aus, auch nicht die Einführung der Reichsmark (RM) im August 1924.

Doch das im Juli 1925 als Schlusspunkt der Währungsreform beschlossene Aufwertungsgesetz zeigte, dass die Regierung Zweifel an der Leistungsfähigkeit der Ersatzkassen hegte. Diese hatten bis dahin die Gesamtrenten berechnet und gezahlt. Jetzt mussten die Rückstellungen für den gesetzlichen Teil an die rFA überwiesen werden, die Berechnung und Auszahlung dieses Teils der Rente erledigte. Die Ersatzkassen durften nur noch den freiwilligen übergesetzlichen Teil der Rente festsetzen und zahlen. Vergebens hatte der Verband deutscher Privat-Pensionskassen gegen diese Verfügung protestiert. Die

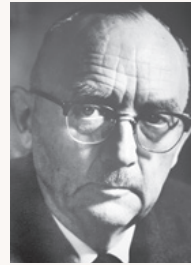
durchschnittliche Jahresrente der rFA betrug zu dieser Zeit nach zehn Jahren Wartezeit rund 360 RM, die des Arnhold'schen Pensionsvereins mehr als 1.300 RM.

### VON DER DEPRESSION ZUM DRITTEN REICH

— Mit dem Ende der Inflation hatten für die deutsche Wirtschaft die »Goldenen Zwanziger« begonnen. Doch der Aufschwung wurde im November 1929 jäh unterbrochen. Der »Schwarze Freitag« an der New Yorker Börse löste eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise aus, in die auch die deutschen Banken hineingezogen wurden. Am 31. Juli 1931 war die Danat Bank, die zweitgrößte Bank Deutschlands, zahlungsunfähig. Um einen Run auf die noch liquiden Geldhäuser zu verhindern, verfügte die Reichsregierung zwei Bankfeiertage. Die Krise wurde jedoch nicht gestoppt, sondern weitete sich aus. Zahlreiche private Banken mussten schließen. Die Rezession wurde durch die Deflationspolitik noch verstärkt. Die Zahl der Arbeitslosen wuchs bis Jahresende auf über fünf Millionen an, Lohn- und Gehaltstarife wurden durch Notverordnungen gesenkt, viele Unternehmen setzten Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich durch, und die Reallöhne sanken auf einen niedrigeren Stand als 1928.

Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung sorgte sich um die Leistungsfähigkeit der Pensionskassen. Deshalb verfügte es im August 1931, alle Pensionskassen, die ein Verzeichnis der Bestände des Deckungsstocks zu führen hatten, müssten einen Treuhänder (samt Stellvertreter) bestellen. Dieser müsse völlig unabhängig von der Kasse sein. Durch eine Notverordnung vom Juni 1932 wurden die Leistungen der Angestelltenversicherung gekürzt. Alle Ersatzkassen hätten folgen müssen. Trotz geringerer Beitragseinnahmen, weil die Zahl der Versicherten abgenommen hatte, zahlte der Arnhold'sche Pensionsverein weiterhin Renten in alter Höhe. Das war möglich, weil allein die Zinseinnahmen die Renten deckten.

Das Massenelend erreichte 1932 seinen Höhepunkt. Nationalsozialisten und Kommunisten errangen im Reichstag die Mehrheit. Nach der »Machtergreifung« durch die NSDAP betrafen die ersten antijüdischen Verfügungen auch die Pensionskassen. Das Reichsaufsichtsamt teilte per Erlass mit, der Arierparagraph gelte auch für Treuhänder.



## ALBRECHT WEISS – Der betriebliche Sozialpolitiker

— Albrecht Weiß (1890–1961) galt in der Weimarer Republik, in der NS-Zeit und in den jungen Jahren der Bundesrepublik als der betriebliche Sozialpolitiker schlechthin. Josef Stigl, als CDU-Sozialpolitiker einer der Väter der Rentenreform von 1957 und später

Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, sagte über ihn: »Wir in Bonn haben auf Weiß gehört. Er war klug und wusste, was Sache ist.« Auf Weiß haben in der nationalsozialistischen Zeit aber auch Gremien der Reichsgruppe Industrie, leitende Mitarbeiter der i.G. Farben und zuweilen sogar die Deutsche Arbeitsfront (DAF) gehört. Sein Leben und Handeln sind voller scheinbarer Widersprüche. Eines ist unbestritten: Weiß sah seine Berufung darin, durch betriebliche Sozialarbeit, den Rechtsanspruch auf zusätzliche Invaliditäts- und Altersversorgung und den betriebsnahen genossenschaftlichen Wohnungsbau die soziale Situation der Arbeitnehmer zu verbessern. Für dieses Ziel hat er mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gekämpft. Um ihm näher zu kommen, wurde er sogar zum Opportunisten. Als er im Nürnberger i.G.-Farben-Prozess gefragt wurde, warum er 1937 Mitglied der NSDAP geworden sei, antwortete er, nur dann habe er wirkungsvoll arbeiten können.

Albrecht Weiß stammte aus einer Theologenfamilie. Nach dem Abitur studierte er Jura und Sozialökonomie in Heidelberg, Göttingen und Berlin. Dabei hätten ihn »die theoretischen, soziologischen Erstlingszeiten der Brüder Max und Alfred Weber nicht reizen können«, sagte er später einmal. Er wurde 1912 promoviert und nach der zweiten juristischen Staatsprüfung 1917 eingezogen, obwohl er wegen eines schweren Leberleidens nicht »felddienstfähig« war. Er ließ sich als Anwalt nieder und wechselte 1921 zur Badischen Anilin & Sodafabrik in Ludwigshafen (heute BASF). Dort wurde er 1922 Leiter der Wohlfahrtsabteilung, wie die Sozialabteilung damals hieß. Sie gehörte zur Personal- bzw. Gefolgschaftsabteilung, die Weiß 1938 übernahm. Ein Jahr später erhielt er den Direktorentitel. Er war auch Vorsitzender der Pensionskasse des Ludwigshafener Werkes. Unter seiner Leitung wurden zahlreiche soziale Einrichtungen für die Belegschaft neu geschaffen oder umorganisiert. Sein besonderes Interesse galt neben der Pensionskasse dem betrieblichen Wohnungsbau und Siedlungswesen. Als infolge der Inflation nach 1923 viele betriebliche Versorgungseinrichtungen zusammenbrachen, bemühte Weiß sich intensiv um deren Wiederaufbau. Im Verband deutscher Privat-Pensionskassen beschäftigte er sich mit Grundsatzfragen der betrieblichen Altersversorgung. Von 1936 bis zur Auflösung 1938 war er Vorsitzender des Verbandes, der danach in der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersfürsorge aufging. Weiß wurde ihr »Leiter«.

Seit 1925 war die BASF Teil der i.G. Farbenindustrie AG. Zusätzlich zu seinen Aufgaben in Ludwigshafen musste Weiß für die Konzernleitung in Frankfurt soziale und sozialpolitische Fragen bearbeiten. Er vertrat das Unternehmen in mehreren Gremien der Reichsgruppe Industrie in Berlin, die Fragen der gesetzlichen Sozialversicherung, der bAV und des Wohnungsbaus behandelten. Des Öfteren legte sich Weiß mit der Deutschen Arbeitsfront (DAF) an, die die betrieblichen Sozialeinrichtungen unter ihre Kontrolle bringen wollte. Politisch aktiv war Weiß zum ersten Mal 1919 geworden, als er sich der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) angeschlossen hatte. Sie war ihm zu konservativ, ihr Antisemitismus war ihm zuwider. Darum wechselte er zu Stresemanns Deutscher Volkspartei (DVP). Nach ihrer Auflösung 1933 wurde er Mitglied des »Stahlhelm«. Dieser »Bund der Frontsoldaten« ging 1934 in der SA auf, die Weiß zum »Siedlungsreferenten« ernannte. Im Mai 1937 wurde er Mitglied der NSDAP.

Weiß hatte ein großes Aufgabenpensum zu erfüllen: Sozialdirektor in Ludwigshafen, Chef der dortigen Pensionskasse, Sozialreferent der Konzernspitze, Leiter der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersfürsorge, Verfasser mehrerer Fachbücher, Vorträge und immer wieder Verhandlungen. Nach den Unterlagen der Frankfurter i.G.-Zentrale war Weiß bis 1945 in noch weiteren 21 Ausschüssen, Aufsichtsräten und sonstigen Gremien tätig. Als besonderen Erfolg konnte er verbuchen, dass auf sein Betreiben hin nach der Steuerreform von 1934 betriebliche Sozialeinrichtungen in Unterstützungskassen umgewandelt werden konnten. Seither gibt es diesen Durchführungsweg der bAV. Ab Wintersemester 1943/44 lehrte Weiß »Sozialrecht und Sozialpolitik im Betriebe« an der Heidelberger Universität.

Wie alle leitenden Mitarbeiter der i.G. Farben, die der NSDAP angehörten, wurde Weiß auf amerikanischen Befehl zum 30. April 1945 entlassen. Anfang 1946 entzog ihm die Universität auf Anordnung der Militärregierung die Lehrerlaubnis. Er widmete sich jetzt ganz der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersfürsorge, gründete gemeinsam mit dem Mannheimer Oberbürgermeister Heimerich den »Betriebs-Berater« und die »Verlagsgesellschaft Recht und Wirtschaft« und engagierte sich bei der Zeitschrift »Mensch und Arbeit«. Der Aufbau einer neuen Existenz wurde durch den Nürnberger i.G.-Farben-Prozess unterbrochen. Weiß wurde am 20. März 1947 inhaftiert, aber nicht angeklagt. Zurück in Heidelberg widmete er sich wieder der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersfürsorge und der von ihm 1948 gegründeten Arbeitsgemeinschaft für soziale Betriebsgestaltung und wirtschaftliche Betriebsführung (ASB). Er referierte auf vielen Veranstaltungen im ganzen Bundesgebiet, pflegte die Kontakte zu den Ministerien in Bonn, zu Arbeitgebern und Gewerkschaften. Die juristische Fakultät der Universität Heidelberg erteilte ihm 1956 wieder einen Lehrauftrag, er wurde Honorarprofessor. Kurz vor seinem Tod beendete er noch das Manuskript zum »Handbuch für leitende Angestellte«.



